

WORTWECHSEL

BÜRGER INFORMIEREN BÜRGER | AUSGABE AUGUST 2018

CDU Stadtverband
Wörth a. Rh.

Sterben unsere Schwimmbäder?



SPEZIAL

Seite 04 - 05

KLARTEXT

Maximiliansau

Durchfahrts-
beschränkung
Überwachung
Navigation

02 | Zur Zukunft unserer Bäder

03 | Kulturhalle Schaidt - damit der Ort lebt

03 | Büchelberg: SPD fordert Kunstrasenplätze?

06 | Nur Visionen? Wer stößt das Tor zur Schuldenfalle auf?

07 | Holz vor der Hütte: Brennstoff aus dem Bienwald nutzen

08 | Wohnbau auf Erfolgsspur!

08 | Wenn dann ganz: Ein(e) Bahn in der Ottstraße?

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zuletzt war die Rede von „Boomtown Wörth“. Denn unsere Stadt hat über Jahrzehnte hinweg eine gute Entwicklung genommen. Ihr wird eine glänzende Zukunft vorausgesagt. Über den richtigen Weg, sie erfolgreich zu gestalten, wurde in den vergangenen Monaten heftig diskutiert. Letztlich konnten Kompromisse gefunden werden. Sie führten zu einem einstimmigen Beschluss im Stadtrat.

Damit sollen sicher nicht alle weiteren Überlegungen, schon gar nicht noch bessere Ergebnisse unterbunden werden. Denn: „Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“, meinte der Politologe Max Weber einmal.

Mit diesem Wortwechsel wollen wir weiter geduldig „Bretter bohren.“ Dabei möchten wir auch darüber informieren, wo wir damit schon vor einiger Zeit angefangen haben.

Wir wollen aber auch Ihnen Gelegenheit geben: „Bohren Sie mit!“ Auf Ihren Beitrag sind wir gespannt.

Ihr Klaus Ritter
Vorsitzender CDU Stadtverband



IMPRESSUM

www.cdu-woerth.de

Herausgeber:

CDU Stadtverband Wörth am Rhein
Redaktion: Egon Förster (Klartext, ViSdP), Martin Frech, Klaus Rinnert, Klaus Ritter (ViSdP), Hermann Weiler
Bildnachweise: Archiv CDU, Bürgerinformationsportal Stadt Wörth

„Unsere Schwimmbäder sterben?“



Unter dieser Überschrift wies die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vor wenigen Tagen darauf hin, „Jedes zehnte Bad wurde seit 2000 geschlossen, jedes zweite muss saniert werden“. Da sehen es viele Wörther - allen Unkenrufen zum Trotz - als Glücksfall, dass die Wörther Bäder dazu nicht zählen. „Nie waren Freibäder gefragter als in diesen heißen Wochen“ so die FAZ. Im Badepark begegnet man dabei auch einigen Besuchern, die vor nicht allzu langer Zeit der Einrichtung eher kritisch gegenüberstanden.

Die CDU hat in der Vergangenheit keine Zweifel am Betrieb der Bäder gelassen. „Wir haben schon frühzeitig eine Bestandsgarantie mindestens für die nächsten 10 Jahr initiiert“ weist **die Vorsitzende der Jungen Union, Nina Weber**, auf einen CDU-Antrag im Jahr 2011 hin. Dem haben sich andere wenn überhaupt nur widerwillig angeschlossen.



Mittlerweile haben auch sie den Vorteil eines öffentlichen Bades erkannt und den mit dem Betrieb verbundenen Zuschussbedarf akzeptiert. Der soll nicht größer werden. Die CDU hat aber auch schon immer Wert daraufgelegt, dass dies nicht nach dem Prinzip „koste es, was wolle“ erreicht werden soll. „Investitionen müssen sich auch rechnen. Ansonsten wird Geld nur schneller verbrannt als das mit höheren Betriebskostendefiziten der Fall wäre.“ Nicht zuletzt auf Betreiben des Ersten Beigeordneten Klaus Ritter (CDU) hat ein Büro aber nachgewiesen, dass es sich inzwischen lohnt, das jetzige Hallenbad durch einen Neu- und Umbau beim Badepark zu ersetzen.

Betrachtet wurde dabei ein Zeitraum von 40 Jahren und die anfallenden Betriebs- und Investitionskosten. Denn gegenüber den Berechnungen, die vor zehn oder zwanzig Jahren zugrunde gelegt wurden, haben sich die Rahmenbedingungen inzwischen erheblich geändert. Zudem ergibt sich beim Hallenbad ein erheblicher Investitionsbedarf. Der ist für das geplante Kombibad zwangsläufig aber immer noch deutlich höher. Er kann aber mittlerweile mit einem ganz anderen Zinssatz finanziert werden, als das vor Jahren nicht einmal erträumt wurde.

Sofern sich die aktuell ermittelten Kosten in den weiteren Planungen bestätigen, soll, so es denn vom Stadtrat beschlossen wird, das jetzige Konzept bis Ende 2022 umgesetzt sein. Das ist ein „sportliches“ Ziel. Notwendig sind dazu unter anderem ein mehrstufiger Planungswettbewerb sowie aufwendige Ausschreibungs- und Bauverfahren. Ziel muss es dabei sein, den vorgegebenen Kostenrahmen von rund 18 Millionen Euro einzuhalten. Grundlage dafür ist das Pflichtenheft, das von einer Arbeitsgruppe erstellt und verabschiedet worden war. Berücksichtigt wurden dabei auch Anregungen und Bedenken von Bürgerinnen und Bürgern. Das Pflichtenheft kann auf der Homepage der Stadtverwaltung eingesehen werden.

KULTURHALLE SCHAIDT

– damit der Ort lebt

SCHAIDT

Zugegeben: Es war nicht leicht für die Schaidter CDU, ihre Freunde in der Partei und der Fraktion von der Notwendigkeit einer neuen Kulturhalle zu überzeugen. Letztlich hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass Schaidt mit dem Musikverein und dem Fanfarenzug, den Theatergruppen und den Gesangsvereinen Kulturträger hat, die innerhalb der Stadt aber auch darüber hinaus hohes Ansehen genießen. Ihnen soll eine zukunftsfähige Wirkungsstätte geboten werden, aber auch für die Aktivitäten Feuerwehr und des Wasischen Vereins, die sich eher an die jüngere Generation richten.

„Unser Dorf soll Zukunft haben – auch in der Stadt Wörth“, dafür sieht CDU-Stadtrat **Martin Frech aus Schaidt** die Weichen mit der Kulturhalle richtig gestellt. Schließlich leide man schon seit Jahren darunter, dass die alte Kulturhalle nicht mehr genutzt werden dürfe.

» **„Unser Ja zur neuen Halle bedeutet aber nicht, dass Träume, die an der einen oder anderen Stelle in den Himmel zu wachsen drohen, auch realisiert werden“**,

weist CDU-Fraktionssprecher Jürgen Weber auf die Rolle seiner Fraktion hin.



SPD fordert Kunstrasenplätze?

BÜCHELBERG Kunstrasenplatz für „Perle des Bienwalds“

Bei der CDU wurde darüber diskutiert. Am Ende waren Vorstandschaft und Fraktion von den Argumenten für den Bau überzeugt. „Der jetzige Platz ist desolat.“ Stefanie Gerstner hat im Stadtrat darauf mehrfach hingewiesen. Nicht nur für sie macht es wenig Sinn, mit dem Kunstrasenplatz länger zu warten. Denn den wollen angeblich alle. Zumindest mittelfristig. So wird behauptet.



Bis es dazu einen Zuschuss gibt? Die Hoffnung auf Fördergelder ist eine Illusion. Den Bau eines Kunstrasenplatzes für Büchelberg zu verschieben? Und damit den zur Zeit erfolgreichsten Fußball-Club im Stadtgebiet zu bestrafen?

Die Landauer SPD fordert Kunstrasenplätze im dortigen Stadtgebiet, „damit die Vereine konkurrenzfähig bleiben.“ Ob das diejenigen, die den Büchelbergern einen solchen Platz jetzt oder sogar später verweigern, auch erkannt haben?

Wir wollen niemand unlautere Motive unterstellen. Wir wissen aber auch, wer Erfolg hat, sieht sich Neid und Missgunst ausgesetzt. Beides sind schlechte Ratgeber. Sie beeinflussen unsere Entscheidungen nicht.



CDU-Ortsvereinsvorsitzender Egon Förster ist ein Freund klarer und deutlicher Worte - "Klartext" eben.



HALBSCHWANGER GEHT DOCH!

Ja, wir wollen eine morgendliche Durchfahrtsbeschränkung für Maximiliansau, geregelt durch entsprechende Beschilderung. Und nein, wir wollen keine Schranken. Durch die „visionäre“ Schrankenidee wird der Ort hermetisch abgeriegelt, mit allen Nachteilen: Lieferanten haben keinen Zugang, die Angestellten der Betriebe und Ärzte kommen nicht zu ihrem Arbeitsplatz, die Gewerbetreibenden werden für Stunden von Kunden abgeschnitten. Vor den Schranken werden sich entsprechende Fahrzeugschlangen bilden und das speziell in den ersten Jahren. Selbst Einfahrtsberechtigte oder Einsatzfahrzeuge werden ihre Schwierigkeit haben in den zu Ort kommen, da sie im Stau davor stecken.

Aber noch ist es nicht soweit. Vorher müssen die rechtlichen Bedingungen einwandfrei geklärt werden. Die entsprechenden Finanzmittel für die Schranken, sowie die dafür notwendigen Kreisverkehre müssen durch den Stadtrat genehmigt werden. Mit Klagen aus Maximiliansau, bei denen es um Existenzen geht, wird gerechnet.

Ohne Überwachung wirkungslos

Und wozu das alles? Nur damit der Ort über zwei Zufahrten in der Zeit von 6.00 – 8.30 Uhr abgeriegelt wird? Selbstverständlich muss darüber hinaus eine Überwachung erfolgen. Da es sich um Halbschranken handelt, besteht die Möglichkeit des Umfahrens.

Warum greift man nicht die Idee auf, die Beschilderung der Zufahrt von Hagenbach auf die andere Zufahrt über die Maximiliansstraße zu übernehmen? Beantragt durch die CDU am 7.12.2015 (damals in den letzten Amtsmonaten unter Bürgermeister Seiter); mehrfach angemahnt in den Jahren 2016-2017, zuletzt in einem gemeinsamen Antrag der CDU und SPD Maximiliansau am 27.11.2017. Ironischerweise fordert das von der Verwaltung in Auftrag gegebene Planungsbüro zur Untermauerung der visionären Schrankenidee genau solch eine Beschilderung zusätzlich.

Hier verrennt sich jemand in eine Idee, koste es was es wolle. Nur zahlen werden es die Bürger. Klar: Verbotsschilder bieten keinen 100% Schutz. Aber wir sind eine Gemeinschaft und möchten den Ort nicht durch harte Grenzen und Schranken von der Umgebung abkoppeln.



Chance für Anpassung Navis verpasst

Hätte man unseren Vorschlag der Beschilderung aufgegriffen und damit sogar eigene Wahlversprechen eingehalten, wären mittlerweile auch einige Navigationsgeräte mit der zeitlichen Beschränkung versehen. Das hätte zur Entlastung beigetragen, wenn externe Fahrer nicht bei Stau automatisch durch den Ort geleitet werden. Die Beschilderung von Hagenbach kommend hat doch gezeigt, dass es funktioniert. Auch wenn nicht jeden Tag damit alle Durchfahrer erwischt werden. Der Aufwand dafür hält sich in Grenzen und zeugt von menschlichem Verständnis. Lasst es uns doch erst einmal mit den Schildern versuchen. Vorschläge zur Umsetzung liegen vor!



Schöne neue Wörther Welt: Wer stößt das Tor zur Schuldenfalle auf?

**Wir wollen nicht so weit gehen, wie der frühere SPD-Bundeskanzler, Helmut Schmidt, der einmal erklärte:
„Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“.**

Wer politische Verantwortung trägt für ein Gemeinwesen, sollte Vorstellungen darüber haben, wohin sich das entwickeln soll.

Dabei müssen aber auch die finanziellen Möglichkeiten berücksichtigt werden. Wenn wir die ursprünglichen und im Überschwang präsentierten Bilder einer schönen Welt der letzten Monate betrachten, fehlt es daran nach unserem Eindruck.

Deutlich wird dies, wenn wir uns die Vielzahl der laufenden und geplanten Vorhaben vor Augen führen:



- Erweiterung von Dorschberggrundschule und IGS
- Kulturhalle Schaidt
- Friedhofshalle Maximiliansau
- Bäderkonzept
- Umsetzung des Altortrahmenplans
- Ausbau der Eisenbahnstraße Maximiliansau

Hermann Weiler

Erfahrung in leitender Funktion in Großindustrie, bei Wohnbau; seit Jahrzehnten in der Kommunalpolitik



Neue Vorhaben:

- Verlagerung des Sportgeländes in Wörth
- Erschließung von Wohnbaugelände auf den freiwerdenden Flächen
- Sanierung der Bienwaldhalle
- Umbau der Luitpold-, Ludwigs- und Bahnhofstraße (als Ortsstraßen)
- Pavillon mit Gastronomie im Bürgerpark
- Zusätzliche Kindertagesstätte(n)



Natürlich ist es beim augenblicklichen Planungsstand diverser Vorhaben schwer, einigermaßen verlässliche Investitionskosten zu nennen, ganz zu schweigen von den nicht unerheblichen Folgekosten. Allein das Investitionsvolumen liegt hier zwischen 50 und 100 Mio. Euro. Wann und in welcher Höhe dazu Einnahmen zur Refinanzierung aus dem Verkauf von Baugrundstücken auf dem heutigen Sportgelände am Dorschberg fließen werden, ist sicher auch spekulativ. Schon jetzt verursachen die Visionen jedenfalls Planungskosten in erheblichem Umfang – und nehmen erhebliche Verwaltungskapazitäten in Anspruch, die an anderer Stelle nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die CDU will eine lebenswerte und attraktive Stadt, die den Anforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts gewachsen ist. Aber wir meinen, dass wir es unseren Kindern und Enkeln schuldig sind, ihnen ein Gemeinwesen zu hinterlassen, das ihnen nicht die Schulden einer unangemessenen Stadtentwicklung ohne Augenmaß aufbürdet. Bei der Entscheidung über die Nutzung des Schauffelgeländes hat die CDU zu einem Kompromiss beigetragen, der eine zukunftsgerechte aber vertretbare Entwicklung mit Augenmaß ermöglicht und dabei weitere Optionen nicht ausschließt. Die CDU wird auch zukünftig darauf achten, Lösungen zu finden, die diesen Ansprüchen gerecht werden.

Brennstoff aus dem Bienwald nutzen

Bei vielen Menschen in allen Ortsbezirken der Stadt ist es üblich Brennholz, meistens aus dem nahen Bienwald, zu erwerben. Die Lagerung ist fast überall problematisch. In Büchelberg ist die Kreisverwaltung dabei, für die meisten Grundstücksbesitzer auf Antrag eine Genehmigung für eine Holzlagerung zu erteilen und nur bei einigen wenigen Grundstücken ist dies im Moment nicht möglich. Im **WORTWECHSEL**-Gespräch äußert sich dazu **Ortsvorsteher Klaus Rinnert**.

Warum wird in Büchelberg kreisweit begonnen, die Holzlagerung im Außenbereich einzuschränken?

Das Problem besteht kreisweit. Wir brauchen aber nicht weit zu gehen. Auch im Wörther Ortsbeirat war das Thema der Holzlagerung mehrfach auf der Tagesordnung. Die Kreisverwaltung hat in Büchelberg angefangen, weil sie die Landschaft und das Landschaftsbild als besonders herausragend und deshalb für besonders schützenswert hält. In einer Prioritätenliste steht Büchelberg mit seinem FFH- und nach der Vogelschutzrichtlinie und dem Landschaftsschutzgebiet „Bienwald“ geschütztem Gebiet an erster Stelle. Auf dieses Landschaftsbild können wir eigentlich stolz und zufrieden sein. Schließlich lieben wir alle unser Dorf und die Landschaft, von der es umgeben ist.

Deshalb hat der Ortsvorsteher die Kreisverwaltung eingeschaltet?

Ich habe nie die Kreisverwaltung aufgefordert, allgemein oder im Einzelfall tätig zu werden. Wer etwas anderes behauptet, der lügt. Im Gegenteil! Nachdem die Kreisverwaltung die ersten Anträge auf Holzlagerung versandt hat, fanden intensive Gespräche statt. Daran nahmen auch Stefanie Gerstner und Jürgen Stephany teil.

Brachten die Gespräche konkrete Ergebnisse?

Wir haben erreicht, dass fast alle Grundstückseigentümer eine Genehmigung der festgesetzten Men-

gen erhalten werden. Nur für einige wenige muss noch eine Lösung gefunden werden.



Die Holzlagerung soll zukünftig im beschränkten Umfang für jeweils ein Grundstück je Haushalt im Außenbereich zugelassen werden. Ist das eine vernünftige Regelung?

Es lässt sich darüber streiten, ob die zugelassene Menge von 25 Ster für Teilheizer und 50 Ster für Vollheizer angemessen ist und das Landschaftsbild damit ausreichend geschützt wird. Grundsätzlich begrüße ich diese Regelung, auch wenn ihre Überwachung und Durchsetzung sicher nicht einfach sein wird.

Im Übrigen wollte die Naturschutzbehörde am Anfang ihrer Vorgehensweise zum Erhalt des Landschaftsbildes nur 10 Ster für alle Heizer zulassen. Hier habe ich mich sehr intensiv für eine größere Holzlager-

menge eingesetzt. Hätte die Kreisverwaltung im Norden des Kreises mit ihrer Vorgehensweise begonnen, wäre mit Sicherheit eine geringere Lagermenge herausgekommen.

Reicht diese Regelung aus, um die Interessen der Menschen angemessen zu berücksichtigen und trotzdem den Landschafts- und Naturschutz-Belangen gerecht zu werden?

Notwendig ist, wie an anderen Orten, ein zentraler Holzlagerplatz, um auch größere Mengen an Holz als die haushaltsüblichen so unterzubringen, dass sie nicht stören. Daher fordere ich schon seit Jahren die Einrichtung eines Holzlagerplatzes in Büchelberg und den dazu notwendigen Bebauungsplan. Es gibt aber auch Stimmen, die eine solche Einrichtung der Stadt für unnötig halten. Dazu gehört zum Beispiel auch die des Bürgermeisters.

Welche Rolle spielen dabei die Überlegungen an anderen Orten?

Ich hoffe, wir können überzeugen, dass das, was an anderen Orten bereits besteht oder zumindest in Planung ist, auch für Büchelberg richtig ist und passt. Unsere Nachbargemeinde Jockgrim plant einen Holzlagerplatz und in Lustadt geht die Gemeinde den zweiten Holzlagerplatz an. Da stört es mich wenig, wenn wir eine Vorreiterrolle in der Stadt einnehmen sollten, denn das Problem besteht in allen Ortsbezirken. Es wird nicht besser, das tatenlos hinzunehmen.

Keltenstraße und Gesundheitszentrum: Erfolg für Wohnbau

Seit fast einem Jahr ist nunmehr das Gesundheitszentrum am Festplatz in Wörth in Betrieb. Die bisher gute Ärzteversorgung wird mit der Einrichtung nachhaltig gestärkt. Ohne sie wäre das in Zukunft alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Vor allem erweisen sich die Räume, die auf die Anforderungen als Arztpraxen zugeschnitten sind, als großer Vorteil. Dagegen waren die in der Vergangenheit genutzten Immobilien eher wie Provisorien zu betrachten. Schließlich waren die meisten davon ursprünglich als Wohnungen geplant.



Für das Gesundheitszentrum hat sich vor allem die CDU mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Jürgen Weber stark gemacht.

» „Bei der Investorensuche musste der eine oder andere Rückschlag in Kauf genommen werden“



erinnert er an den steinigen Weg von der Idee bis zur Realisierung. Schließlich habe sich mit der Wohnbau der geeignete Investor gefunden. Der habe sich allen Vorbehalten zum Trotz, die von gewissen Seiten in der Vergangenheit immer wieder geäußert wurden, als leistungsfähiger und verlässlicher Partner erwiesen.

Einbahnstraßenregelung in der Ottstraße – immer noch mehr als einen Versuch wert?

Vor einem Jahr hatten wir an dieser Stelle die Vor- und Nachteile einer Einbahnstraßenregelung dargelegt. Damals wie jetzt wird die Regelung als Versuch etikettiert. Unsere Bedenken hatten wir zusammengefasst: „Zugegeben: Insgesamt wird der Verkehr im Altort abnehmen. In den Straßen, in die der Verkehr mit Umwegen verlagert wird, kommt es jedoch zu einer Mehrbelastung. Die Nahversorgung nur noch auf die Discounter zu beschränken, ist eine Option. Doch wollen wir all die genannten Nachteile in Kauf nehmen? Noch handelt es sich um einen Versuch, an dessen Ende eine offene und ehrliche Abwägung stehen muss. Die darf nicht allein von wenigen lautstarken Begünstigten zu Lasten vieler anderer gehen.“

In diesen Bedenken sehen wir uns zwischenzeitlich deutlich bestätigt. Dass die Nahversorgungsangebote nach wie vor in mehr oder weniger unveränderter Quantität und Qualität zur Verfügung gestellt werden,

ist den Gewerbetreibenden und deren Geduld zu verdanken. Die sollte nicht über Gebühr strapaziert werden. Schon gar nicht durch einen Versuch, mit dem auf Dauer vollendete Tatsachen geschaffen werden, die nicht gewollt sind. Gewerbebetriebe, auch nur vorübergehend stillgelegte, wiederzubeleben, ist ein schwieriges wenn nicht aussichtsloses Unternehmen. Am Ende des Versuchs, der übrigens noch nicht einmal terminiert ist, muss auf jeden Fall eine ehrliche Bilanz stehen.

Unabhängig davon ist es höchste Zeit, bei der Gestaltung des Kirchenvorplatzes bei St. Ägidius weiterzukommen. Ziel muss es sein, den Schulweg für unsere Kinder endlich sicherer zu machen. Darüber hinaus wird sich die Parksituation in der Ottstraße deutlich verbessern, wenn eine Verbindung zwischen dem dortigen Parkplatz und dem in der Ludwigstraße über eine Heilbachbrücke geschaffen wird.

